

Generalunternehmervertrag

Die

Stadt Dinslaken, GB 7 Geschäftsbereich Jugend und Soziales, vertreten durch die ProZent GmbH, Stollenstraße 1, 46537 Dinslaken, diese vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Mario Balgar

- nachfolgend Auftraggeber (AG) genannt -

schließt mit

vertreten durch

- nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt -

einen Vertrag über die Erbringung von Generalunternehmerleistungen für das Bauvorhaben:

Ersatzneubau KiTa Douvermannstraße mit Ausgestaltung als Familienzentrum

mit folgendem Inhalt:

Inhaltsverzeichnis

1	Vertragsgegenstand	3
2	Vertragsgrundlagen.....	4
3	Leistungen des Auftragnehmers.....	6
4	Nachunternehmer	13
5	Leistungsänderungen	14
6	Vergütung.....	15
7	Abrechnung und Zahlungen.....	18
8	Termine.....	20
9	Vertragsstrafe	20
10	Behinderungen.....	21
11	Abnahme.....	21
12	Mängelansprüche.....	23
13	Versicherung	24
14	Sicherheiten.....	25
15	Kündigung	25
16	Leitungspersonal des Auftragnehmers	26
17	Controlling.....	26
18	Arbeitnehmer.....	26
19	Urheber- und Nutzungsrechte	27
20	Datenschutz.....	27
21	Schlussbestimmungen.....	28

1 Vertragsgegenstand

1.1 Bauvorhaben

Gegenstand des Vertrags ist die Realisierung des folgenden Bauvorhabens:

Ziel des Vertrags ist die schlüsselfertige Errichtung des Ersatzneubaus der KiTa Douvermannstraße mit Ausgestaltung als Familienzentrum nebst Außenanlagen und Inneneinrichtung/Möblierung. Das Vorhaben steht im Zusammenhang mit der Gesamtmaßnahme „Zentralisierung des Berufskollegs Dinslaken“ des Kreises Wesel, in deren Zuge das bisherige Gebäude, in dem die bestehende KiTa untergebracht ist, abgebrochen wird. Die KiTa ist daher auf einem anderen Teil des Grundstücks neu zu errichten.

Das Vorhaben befindet sich an der Douvermannstraße in 46535 Dinslaken, Gemarkung Dinslaken, Flur 47, Flurstücke 135, 174 und 175, wobei eine Vereinigungsbaulast durch die Stadt Dinslaken besteht. Für den Neubau einschließlich Freianlagen steht eine Grundstücksfläche von rund 3.005 m² zur Verfügung. Die Einrichtung wird mit 5 Gruppen für insgesamt ca. 125 Kinder und ca. 25 Mitarbeiter vorgesehen. Realisiert werden soll insoweit eine zweigeschossige, nicht unterkellerte Einrichtung. Die Nettogrundfläche (NGF) beträgt ca. 1.195 m², die Bruttogrundfläche (BGF) ca. 1.494 m² und 1.166 m² Außenspielfläche.

Die Ausgestaltung als Familienzentrum umfasst Räumlichkeiten in Form eines Therapiezimmers, eines Mehrzweckraums, eines Elterncafés und eines Waschzimmer/Toilettenraums. Der Mehrzweckraum mit angegliedertem WC im Erdgeschoss kann durch zusätzlichen separaten Eingang auch in Schließzeiten der KiTa separat genutzt werden..

1.2 Werkerfolg

Der AN schuldet als Werkerfolg die schlüsselfertige Errichtung des Bauvorhabens, wie es in diesem Vertrag und den weiteren Vertragsgrundlagen beschrieben ist. Diese Prämisse gilt unabhängig davon, ob der AG den Zuschlag auf Basis der ursprünglich bereitgestellten Planungsgrundlagen (Hauptangebot/Basisplanung) oder auf Basis eines Nebenangebots des AN erteilt hat.

Die sich aus den Vertragsgrundlagen ergebenden Anforderungen sind insoweit als funktionale Leistungsbeschreibung zu verstehen, als der AN alle erforderlichen Leistungen für die schlüsselfertige Errichtung des Bauvorhabens insbesondere unter Berücksichtigung der Leitlinien in Ziffer 1.3 der Anlage 1 zu diesem Vertrag schuldet. Im Einzelnen nicht beschriebene, aber für die Zwecke einer vollständigen Herstellung des Bauvorhabens erforderliche Leistungen, gehören ebenfalls zu der geschuldeten und von der vereinbarten Vergütung umfassten Leistung. Ausgenommen sind lediglich solche Leistungen, die nach den Vertragsgrundlagen und insbesondere der Schnittstellenliste ausdrücklich anderen Projektbeteiligten vorbehalten sind.

1.3 Fördermittel

Der AG beabsichtigt, für das Bauvorhaben Fördermittel aus dem Förderprogramm „Investitionsrichtlinie Kindertagesbetreuung des Landes Nordrhein-Westfalen“ zu beantragen.

Der AN verpflichtet sich, sämtliche einschlägigen förderrechtlichen Vorgaben, insbesondere die Nebenbestimmungen (ANBest-G), die genehmigten Planungsgrundlagen sowie die Anforderungen an Wirtschaftlichkeit und Zweckbindung, einzuhalten. Der AN hat seine Planungs-, Koordinations- und Ausführungsleistungen so zu erbringen, dass keine förderschädlichen Maßnahmen entstehen. Der AN trägt im Rahmen seines Verantwortungsbereiches dafür Sorge, dass sein Handeln den förderrechtlichen Anforderungen entspricht und keine Risiken für die Bewilligung, Auszahlung oder den Bestand der Fördermittel entstehen.

Verletzt der AN schuldhaft förderrechtliche Vorgaben und führt dies ganz oder teilweise zu einer Rückforderung, Kürzung oder zum Verlust von Fördermitteln, ist der AN verpflichtet, dem AB den daraus entstehenden Schaden (insb. Zurückgeforderte, oder nicht ausgezahlte Fördermittel, Zinsen und Nebenforderungen, zusätzliche Aufwendungen zur Wiederherstellung der Förderfähigkeit) vollständig zu ersetzen.

Rückfragen, Abstimmungen oder Korrespondenz mit dem Fördermittelgeber erfolgen ausschließlich über den AG. Eine direkte Kontaktaufnahme durch den AN ist nicht gestattet.

1.4 Partnerschaftliche Projektabwicklung

Die Vertragsparteien streben eine partnerschaftliche und einvernehmliche Abwicklung des Projekts an. Die Parteien verpflichten sich daher wechselseitig, sich über auftretende Probleme und Unstimmigkeiten unverzüglich zu informieren. Im Fall von möglichen Meinungsverschiedenheiten werden die Parteien vertrauensvolle Gespräche führen mit dem Ziel, eine für beide Seiten interessengerechte Lösung zur Erreichung der Projektziele herbeizuführen.

Zur Vermeidung und Beilegung von Konflikten werden die Parteien im Einzelfall einvernehmlich geeignete Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung einsetzen, insbesondere Schlichtungsverfahren, Mediation oder die Einholung eines Schiedsgutachtens. Die Durchführung solcher Verfahren erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien und lässt die vertraglichen Rechte und Pflichten im Übrigen unberührt.

2 Vertragsgrundlagen

2.1 Vertragsbestandteile

Vorrangige Vertragsgrundlage sind die Bestimmungen dieses Vertrags.

Nachrangig sind die folgenden Regelungen und Unterlagen zu berücksichtigen:

- die Leistungsbeschreibung des AG (FLB) vom _____, sofern und soweit diese Anlagen nach Maßgabe von Ziffer 2.3 dieses Vertrags Anwendung finden
Anlage 1
- die Baugenehmigung vom _____ Anlage _____
- der Rahmenterminplan vom _____ Anlage _____
- der Zahlungsplan vom _____ Anlage _____

- im Falle der Beauftragung eines Nebenangebots: die einzureichenden Unterlagen gem. Vergabeleitfaden Anlage
- die VOB/B und die VOB/C
- die Vorschriften des BGB, insbesondere über den Bauvertrag, §§ 650a ff. BGB, sowie zum Werkvertrag
- die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW)
- die anerkannten Regeln der Technik, ferner einschlägige ISO-, EN-, DIN- und VDI-Normen sowie TÜV- und DEKRA-Vorschriften und die für die Leistungen einschlägigen Herstellerrichtlinien
- alle einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, insbesondere des Bauordnungsrechts, sowie alle weiteren gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen, insbesondere Unfallverhütungsvorschriften, die Arbeitsstättenverordnung, die Baustellenverordnung und alle weiteren Arbeitsschutzbestimmungen
- das Angebot des Auftragnehmers vom Anlage

2.2 Vertragsauslegung

Bei Unstimmigkeiten, Lücken oder Widersprüchen in den Vertragsgrundlagen sind diese vorrangig so auszulegen, dass eine den Projektzielen entsprechende insgesamt vollständige, funktionstaugliche und genehmigungsfähige Leistung entsteht.

Soweit Leistungen nicht eindeutig beschrieben sind, sind sie in einer den übrigen beschriebenen Leistungen gleichwertigen Qualität, mindestens aber nach mittlerer Art und Güte zu erbringen.

Ist eine Leistung in einzelnen Vertragsgrundlagen beschrieben, in anderen nicht, ist die Leistung auszuführen, es sei denn, ein anderweitiger Wille der Vertragsparteien lässt sich eindeutig feststellen.

Sofern in einzelnen Vertragsunterlagen dieselbe Leistung unterschiedlich beschrieben ist und ein übereinstimmender Vertragswille der Parteien nicht festgestellt werden kann, darf der AG nach § 315 BGB eine angemessene Bestimmung treffen.

Lassen sich Widersprüche durch die vorstehenden Regelungen nicht auflösen, gelten die Vertragsgrundlagen in der Reihenfolge ihrer Benennung unter Ziffer 2.1.

2.3 Angebotsabhängiges Leistungssoll

Wird ein sog. „Hauptangebot“ beauftragt, richtet sich das Leistungssoll vorbehaltlich der Regelungen dieses Vertrags nach den Bestandteilen der FLB, die ausdrücklich das „Hauptangebot“ (Umsetzung der Basisplanung) betreffen (vgl. Ziffer 1.1 FLB):

- Ziffern 1.1, 1.3 bis 1.6 FLB,
- Ziffer 2.1 FLB
- Ziffer 3.1 FLB
- Ziffer 3.3 FLB

- Ziffer 4 FLB
- Ziffer 6 FLB
- Ziffer 7 FLB
- Ziffer 8 FLB
- Ziffer 9 FLB
- Ziffer 10 FLB und die dort genannten Anlagen, soweit sie nach Maßgabe von Ziffer 10 FLB das Hauptangebot betreffen

Wird ein sog. „Nebenangebot“ beauftrag, richtet sich das Leistungssoll vorbehaltlich der Regelungen dieses Vertrags nach den Bestandteilen der FLB, die ausdrücklich das „Nebenangebot“ (vgl. Ziffer 1.2 FLB) betreffen:

- Ziffern 1.2 bis 1.6 FLB,
- Ziffer 2.2 FLB
- Ziffer 3.2 FLB
- Ziffer 3.3 FLB
- Ziffer 4 FLB
- Ziffer 5 FLB
- Ziffer 6 FLB
- Ziffer 7 FLB
- Ziffer 8 FLB
- Ziffer 9 FLB
- Ziffer 10 FLB und die dort genannten Anlagen, soweit sie nach Maßgabe von Ziffer 10 FLB das Nebenangebot betreffen

2.4 Erklärung des Auftragnehmers

Der AN bestätigt, dass er ausreichende Gelegenheit hatte, die vorstehenden Vertragsgrundlagen auszuwerten. Er versichert, dass die Vertragsgrundlagen ausreichend sind, um sämtliche zur Auftragserfüllung erforderlichen Leistungen zu erfassen, zu kalkulieren und vertragsgemäß, vollständig sowie funktionsfähig erbringen zu können. Der AN hat sich vor Ort über die Situation der Baustelle und der Örtlichkeit sowie die Besonderheiten bezüglich der Baustellenlogistik informiert und diese berücksichtigt.

2.5 AGB

Allgemeine Geschäftsbedingungen, Lieferungs- oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Vertragsgegenstand.

3 Leistungen des Auftragnehmers

3.1 Projektmanagement / Schnittstellen

Der AN hat als Generalunternehmer übergeordnete Projektmanagementleistungen zu erbringen.

Der AN verpflichtet sich, im Rahmen seiner Leistungen das Bauvorhaben organisatorisch, terminlich und wirtschaftlich sowie hinsichtlich der Bauqualität zu steuern und die Nachunternehmervergabe und die Koordinierung der Nachunternehmer eigenverantwortlich und mit ausreichenden Personalressourcen durchzuführen, so dass die vereinbarten Vertragsziele erreicht werden.

Die Leistungen des AN umfassen insbesondere auch die technische, bauleitende, kaufmännische sowie sicherheitsrelevante Gesamtbauleitung der Baustelle.

3.1.1 SiGeKo

Der AN übernimmt für seinen Leistungsbereich eigenverantwortlich die Leistungen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators während des gesamten Planungs- und Bauprozesses und stellt die Beachtung der Baustellenverordnung im eigenen Namen sicher.

Der AG wird für die von weiteren Projektbeteiligten zu erbringenden weiteren Planungs- und Bauleistungen einen eigenen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator bestellen. Der AN wird seine Leistungen mit dem Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator des AG proaktiv abstimmen und koordinieren.

3.1.2 Bauleiter

Der AN stellt die erforderlichen Bauleiter nach der Landesbauordnung. Die Personen sind dem AG vor Beginn der Leistungen sowie im Falle eines Austauschs unverzüglich namentlich zu benennen. Die Kommunikation mit dem AG erfolgt in deutscher Sprache.

3.1.3 Einbeziehung des AG

Im Rahmen der Koordinierungs- und Projektmanagementaufgaben bezieht der AN vorausschauend, planend und integrierend auch den AG und ggf. dessen Beauftragte so in seinen Leistungserbringungsprozess ein, dass diese bei den jeweils relevanten Vorgängen rechtzeitig informiert und eingeschaltet werden. Etwaige Beauftragungen von Gutachtern und Fachleuten durch den AG entbinden den AN nicht von seiner Verantwortung für eigene Leistungen.

Der AG kann die Ausführungsleistungen jederzeit selbst oder durch beauftragte Dritte unangemeldet kontrollieren. Dem AG steht darüber hinaus das Recht zu, jederzeit die Einstellung von Bauleistungen zu verlangen, die nicht auf der Grundlage vorgelegter Pläne ausgeführt werden. Der AG kann auch sonst Anordnungen treffen, wenn die Baustellensicherheit nicht gewährleistet ist und/oder Verstöße gegen öffentlich-rechtliche Vorschriften erkennbar werden.

3.1.4 Besprechungswesen

Der AN führt zunächst mindestens alle zwei Wochen mit dem AG Planungs- und Baubesprechungen durch. Während der Bauausführungen werden soweit notwendig engmaschigere Baubesprechungen mit dem AG durchgeführt. Die Besprechungsorganisation wird mit dem AG abgestimmt. Auf Vorschlag des AG haben an den Besprechungen auch Nachunternehmer des AN teilzunehmen. Die Kommunikation mit dem AG erfolgt in deutscher Sprache.

Der AN wird dafür Sorge tragen, dass jeweils verhandlungsfähige Vertreter des AN an den Projektbesprechungen teilnehmen. Sie gelten als bevollmächtigt, alle notwendigen Entscheidungen zu treffen und Erklärungen abzugeben zu Themen, die in der Einladung zur Besprechung angesprochen sind.

Auf Wunsch des AG übernimmt der AN die Einladungen und die Protokollierung der Projektbesprechungen. Die Protokolle sind drei Werktage nach Durchführung der Projektbesprechung auszufertigen und zu übersenden.

3.1.5 Bautagebuch

Der Auftragnehmer führt die Bautagebücher mit Personaleinsätzen mit wöchentlicher Übergabe von Durchschriften der Aufzeichnungen an den AG mit folgenden Inhalten:

- Anzahl der ständig auf der Baustelle beschäftigten Personen, ihr täglicher Arbeitsbeginn und -ende, die geleisteten Arbeitsstunden (Mann und Gerät),
- Angaben über die auf der Baustelle beschäftigten Nachunternehmer,
- Bericht über die wesentlichen Besprechungen mit den Behörden, den Architekten, Fachingenieuren,
- alle besonderen Vorkommnisse auf der Baustelle, außergewöhnliche Ereignisse, insbesondere Unfälle, Streiks etc. mit Angabe des Grundes und des Ausmaßes.
- Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte
- Wetter und Temperaturen
- Behinderungen und Unterbrechungen der Ausführung, Arbeitseinstellung mit Angabe von Gründen
- Abnahmen

Angaben in den Bautagesberichten ersetzen nicht die vereinbarte Schriftform und keine förmlichen Behinderungsanzeigen.

3.1.6 Berichtswesen

Der AN übergibt dem AG monatlich einen Baufortschrittsbericht. Der Bericht muss eine genaue Darstellung des Planungs- und Baufortschritts für alle Gebäude und Gebäudeteile enthalten und auf Abweichungen in Bezug auf Termine, Kosten oder Qualitäten hinweisen.

3.1.7 Detailterminplanung

Der AN ist verpflichtet, Detailterminpläne nach Maßgabe der FLB zu erstellen und fortzuschreiben. Die Detailterminpläne müssen alle für die Planung, Ausführung und Inbetriebnahme wichtigen Abläufe und Termine einschließlich Abhängigkeiten und Zuständigkeiten in angemessener Detaillierung enthalten. Dabei ist der AN verpflichtet, die Detailterminpläne unter Beachtung der Vorgaben des Rahmenterminplans und der Vertragsfristen gegliedert nach einzelnen Bereichen und Bauteilen zu erstellen.

Die Detailterminpläne sind spätestens 4 Wochen nach Vertragsschluss vorzulegen. Die Terminplanungen sind mit dem AG abzustimmen und bei Änderungen jeweils unverzüglich fortzuschreiben. Es wird klargestellt, dass die notwendige Terminplanung des AN unbeschadet der Geltung im Vertrag niedergelegter Vertragsfristen erfolgt. Auch wenn die Terminplanungen mit dem AG abgestimmt sind, enthalten sie grundsätzlich keine Abänderungen der Vertragstermine.

Die Terminpläne müssen im Mindestmaß enthalten:

- alle wesentlichen zu treffenden Entscheidungen,
- alle Meilensteine für die Projektabwicklung,
- durchzuführende Bemusterungen,
- ausgewiesene angemessene Zeitspannen für Prüfungen und Entscheidungen,
- die Liefertermine für Planungsleistungen,
- den Beginn und den Ablauf der Bauausführung,
- die Bestell- und Lieferzeitpunkte von wesentlichen Stoffen und Bauteilen,
- erforderliche Genehmigungen und Prüfungen,
- Inbetriebnahme- und Einweisungsprozesse,

- den Zeitpunkt der behördlichen und rechtsgeschäftlichen Abnahmen.

Die Liste kann je nach Besonderheiten des jeweiligen Gewerks erweitert oder auch gekürzt werden.

Die Erstellung/Fortschreibung/Darstellung erfolgt gem. FLB mit Microsoft Project und mittels Gantt-Überwachungs-Diagramm.

3.1.8 Genehmigungen

Die Beibringung der Baugenehmigung obliegt dem AN im Falle der Beauftragung eines Nebenangebots. Sollte die Beauftragung eines Hauptangebots Gegenstand dieses Vertrags sein, obliegt die Beibringung der Baugenehmigung dem AG. Es gelten die Vorgaben der FLB.

Der AN übernimmt die Vorbereitung und Beibringung von noch erforderlichen sonstigen Genehmigungen, behördlichen Abnahmen und Sachverständigenleistungen. Genehmigungen für die Inanspruchnahme öffentlichen Straßenraums oder für die Baustelleneinrichtung bringt der AN selbst und auf eigene Kosten bei.

3.1.9 Kommunikation mit Behörden

Während der Projektabwicklung obliegt dem AN die rechtzeitige Koordination und Abstimmung mit Behörden, wie der Gewerbeaufsicht, der Bauaufsicht, den staatlichen Arbeitsschutzämtern, der Feuerwehr und sonstigen Institutionen. Der AN wird den AG über Gespräche und Abstimmungen vollständig unterrichten und diesem Gelegenheit geben, sich einzubringen. Dem AG wird ein Teilnahmerecht bei den Gesprächen und Abstimmungen eingeräumt. Die Termine sind daher mit einer Vorlaufzeit von mindestens drei Werktagen mitzuteilen. Ergänzend gelten die Vorgaben der FLB.

3.1.10 Wartung

Der AN verpflichtet sich, die Wartung der Baukonstruktion (KG 300) sowie der Technischen Gebäudeausstattung (KG 400) nach näherer Maßgabe von Ziffer 8 Wartung der FLB durchzuführen. Es gelten die unter Ziffer 12 dieses Vertrags aufgeführten verlängerten, wartungsabhängigen Verjährungsfristen für Mängelansprüche. Diese Leistungen werden im Wege eines separaten Wartungsvertrags beauftragt. Der Wartungsvertrag wird auf Basis eines vom AN angebotenen, zwischen den Vertragsparteien näher abgestimmten Wartungsvertrages abgeschlossen. Ein Anspruch des AN auf Beauftragung der Wartungsleistung ist hiermit nicht verbunden.

3.2 Planungsleistungen

Der AN verpflichtet sich, alle zur funktionsfähigen Errichtung des Bauvorhabens noch erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen, insbesondere die Werkstatt- und Montageplanungen und insbesondere, sofern sie von der FLB verlangt werden. Diese Prämisse gilt unabhängig davon, ob der AG den Zuschlag auf Basis der ursprünglich bereitgestellten Planungsgrundlagen (Hauptangebot) oder auf Basis eines Nebenangebots des AN erteilt hat. Dies umfasst auch die Beibringung aller entsprechend der entwickelten Planungslösung erforderlichen Zulassungen im Einzelfall durch den AN. Noch erforderliche Leistungen des Prüfstatikers oder der Vermessung (insb. Beibringen der Einmessbestätigung nach Fertigstellung, für

Eintragung in das Liegenschaftskataster, wobei der AG die Kosten in diesem konkreten Fall trägt) sind vom AN beizubringen.

Von der Leistungspflicht umfasst sind auch Planungen und Untersuchungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Nachtragsangeboten, insbesondere in Bezug auf Leistungsänderungen und zusätzliche Leistungen.

Planunterlagen sind dem AG stets sowohl in Papierform (einfach) und zugleich digital (dwg und pdf) zu übergeben.

3.2.1 Vom AG bereitgestellte Planungen

Der AN hat die ihm überlassenen Vertragsgrundlagen gem. Ziffer 10 FLB, einschließlich der AG-seitigen Planungsunterlagen, geprüft. Weitergehende Planungsunterlagen als die in den Vertragsgrundlagen benannten kann der AN vom AG nicht verlangen, insbesondere hat der AN keinen Anspruch auf Übergabe von Planungen bis zum Abschluss einer bestimmten Leistungsphase nach den Leistungsbildern der HOAI.

Der AN hat keine Fehler, Unklarheiten oder Widersprüche in den übergebenen Planungen erkannt. Sollte der AN nachträglich derartige Sachverhalte feststellen, hat er den AG unverzüglich zu informieren. Dem AN obliegt es, ihm nachträglich übergebene Planunterlagen ebenfalls unverzüglich zu überprüfen und mögliche Bedenken dem AG unverzüglich mitzuteilen.

Der AG wird die nach den Vertragsgrundlagen noch nachzureichenden Planunterlagen rechtzeitig übergeben. Der AN wird die noch nachzureichenden Planunterlagen mit einem ausreichenden zeitlichen Vorlauf gesondert bei dem AG anfordern, sobald diese für die konkrete Arbeitsvorbereitung/-ausführung tatsächlich benötigt werden. Das gilt auch in den Fällen, in denen für die Vorlage Abgabefristen vorgesehen sind. Vor Ablauf der in der gesonderten Aufforderung genannten Frist des AN gerät der AG nicht mit der Übergabe von Planungsleistungen in Verzug.

3.2.2 Genehmigungsplanung

Soweit durch Fortschreibungen der Planung durch den AN das Einholen von neuen oder zusätzlichen Genehmigungen bzw. Änderungsgenehmigungen oder Tekturen erforderlich wird, wird der AN die Genehmigungsunterlagen für den AG vollständig vorbereiten und ausfertigen sowie notwendige Abstimmungen mit den Behörden durchführen.

3.2.3 Freigaben

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die nach Maßgabe der FLB dem AG vorgelegt und von diesem zur Ausführung freigegeben wurden. Planunterlagen sind so rechtzeitig zur Freigabe zu überreichen, dass dem AG eine angemessene Prüffrist von mindestens 2 Wochen zur Verfügung steht.

Planunterlagen gelten dabei als freigegeben, wenn nicht der AG innerhalb einer Frist von 3 Wochen ab Zugang die Freigabe verweigert oder die Verzögerung der Freigabe anzeigt.

Verweigert der AG die Freigabe aus sachlichem Grund, sind die Pläne vom AN zu korrigieren und dem AG erneut zur Freigabe vorzulegen, wobei die vorgenannten Fristen erneut beginnen.

Soweit der AG die Freigabe mit Änderungen oder Auflagen erteilt, ist der AN berechtigt mit der Ausführung zu beginnen, wenn er dabei die Änderungen oder Auflagen beachtet. Der AN hat die Änderungen oder Auflagen in einer korrigierten Planung umzusetzen und dem AG innerhalb von 2 Wochen zu übergeben.

Die Haftung des AN wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass von ihm vorgelegte Unterlagen zur Durchführung von Leistungen vom AG geprüft oder freigegeben worden sind. In der Freigabe von Plänen des AN durch den AG liegt keine Zustimmung zur Änderung der vertraglich geschuldeten Leistungen. Enthalten Planungen des AN Änderungen der vertraglichen Vorgaben, hat der AN darauf gesondert schriftlich hinzuweisen. Ansonsten kann der AG davon ausgehen, dass derartige Änderungen nicht enthalten sind.

3.2.4 Planunterlagen

Der AN hat sicherzustellen, dass auf der Baustelle ein Satz Papierkopien der für die Ausführung benötigten Planunterlagen in Ordner geheftet und jeweils durch Auswechseln von überholten Plänen auf dem neuesten Stand vorgehalten wird. Dabei müssen die Planunterlagen die Freigabevermerke der zuständigen Ingenieure bzw. Architekten tragen.

3.2.5 Dokumentation

Der AN hat die Revisionsplanung und Bestandsdokumentation in Übereinstimmung mit Vorgaben der weiteren Vertragsgrundlagen, insbesondere der FLB (dort Ziffer 9.1 für die behördliche Abnahme und Ziffer 9.2 für die rechtsgeschäftliche Abnahme) geordnet (mit Inhaltsverzeichnis, Ordnerrücken, Trennblättern etc.) in Papierform Ausfertigung und zusätzlich digital zu übergeben.

3.3 Ausführungsleistungen

Zum Leistungsumfang des AN gehören alle für die schlüsselfertige Errichtung des Bauvorhabens nach Maßgabe der Vertragsgrundlagen erforderlichen Lieferungen und Leistungen sowie alle Vor-, Neben- und Nacharbeiten, unabhängig davon, ob es sich nach der VOB/C um Nebenleistungen oder Besondere Leistungen handelt. Zum Leistungsumfang des AN gehört auch die Umsetzung aller Auflagen, die sich aus den öffentlich-rechtlichen Genehmigungen ergeben. Der AN ist ferner zur Beachtung aller Anforderungen aus einschlägigen nachbarschaftlichen Vereinbarungen und städtebaulichen Verträgen verpflichtet. Etwas anderes gilt nur, soweit Leistungen nach den Vertragsgrundlagen ausdrücklich anderen Projektbeteiligten zugeordnet sind.

3.3.1 Leistungen weiterer Projektbeteiligter

Die Abgrenzung und Schnittstellen zwischen Leistungen weiterer Projektbeteiligter (insbesondere mit dem BKD-Projekt) und den Leistungen des AN ergeben sich aus den weiteren Vertragsgrundlagen. Der AN ist verpflichtet, mit den weiteren Projektbeteiligten vertrauensvoll zusammen zu arbeiten sowie sich mit diesen proaktiv abzustimmen und zu koordinieren. Bei paralleler Leistungsausführung wird der AN auf die Belange der weiteren Projektbeteiligten Rücksicht nehmen. Sofern der AN auf Leistungen der weiteren Projektbeteiligten aufbaut oder diese übernimmt, hat er diese vor Beginn zu prüfen und etwaige Bedenken dem AG unverzüglich mitzuteilen.

3.3.2 Fabrikate

Der AN darf nur fabrikneue Stoffe und Bauteile verwenden, die den allgemein anerkannten europäischen, hilfsweise deutschen Normen und Prüfzeichen entsprechen. Materialien aus auslaufenden Produktionen dürfen nicht eingebaut werden. Ergänzend wird auf die weiteren Vertragsgrundlagen, insbesondere die FLB verwiesen. Auf Verlangen hat der AN den Nachweis für die Güte und Gebrauchsfähigkeit seiner Leistungen auf seine Kosten zu erbringen.

Soweit in den Vertragsgrundlagen konkrete Fabrikate oder Hersteller namentlich benannt sind, aber eine gleichwertige Ausführung zugelassen wird, bedarf die Ersetzung des namentlich benannten Fabrikats oder Herstellers der Zustimmung des AG. Der Nachweis der Gleichwertigkeit ist vom AN dem AG vor Ausführung bereits in der Planungsphase nachzuweisen. Im Übrigen wird im Falle der Beauftragung eines Hauptangebots auf die FLB, insbesondere Ziffer 2.1 FLB verwiesen.

3.3.3 Bemusterungen

Notwendige Bemusterungen wird der AN so rechtzeitig durchführen, dass die Bauabläufe unter Berücksichtigung einer angemessenen Entscheidungsfrist für den AG nicht verzögert werden. Die Bemusterungen sollen zu möglichst wenigen Einzelterminen sinnvoll zusammengefasst werden. Im Zusammenhang zu verwendende Materialien sind gemeinsam zu bemustern.

Mindestens 3 Wochen vor einem Bemusterungstermin hat der AN dem AG für alle zu bemusternden Materialien jeweils die technischen Daten und ggf. erforderlichen technischen Nachweise zu den Produktvorschlägen und Einbauort, Gewerk usw. zu übermitteln.

Bemusterungen finden in der Regel auf der Baustelle statt. Die Bemusterungen erfolgen grundsätzlich durch geeignete Handmuster. Eine Bemusterung anhand von Prospekten bedarf der Zustimmung des AG. Der AN hat dem AG von jedem zu bemusternden Material in der Regel drei in Preis und Qualität vergleichbare Muster vorzulegen. Die Freigabe des ausgewählten Musters erfolgt durch Erklärung des AG in Textform. Diese Erklärung kann innerhalb von 2 Wochen nach dem jeweiligen Bemusterungstermin erfolgen. Die Ergebnisse der Bemusterungen sind vom AN in angemessener Form zu dokumentieren. Die Dokumentation ist dem AG unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

3.3.4 Einzelne Leistungspflichten

Zu den vertraglichen Pflichten des AN gehören auch insbesondere (nicht abschließend):

- Die Einhaltung aller Verkehrssicherungspflichten (einschließlich Winterdienst) und Sicherheitsbestimmungen für die Bauflächen, die Baustelleneinrichtungsflächen und die angrenzenden öffentlichen Straßen und Wege bis zur Räumung der Baustelle. Der Auftragnehmer hat von ihm ausgeführte und ihm für die Ausführung übergebene Gegenstände bis zur Abnahme von Schnee und Eis zu befreien sowie vor Hochwasser und Winterschäden zu schützen.
- Die rechtzeitige Einweisung des Bedienungs- und Wartungspersonals des AG und/oder künftiger Nutzer und/oder Betreiber in die Bedienung aller technischen Anlagen des Bauvorhabens sowie Protokollierung dieser Einweisungen.

- Die regelmäßige Reinigung aller Arbeitsbereiche sowie die Durchführung der Bauschlussreinigung (Feinreinigung) vor der Abnahme.
- Einholung der erforderlichen Abnahmebescheinigungen gemäß den öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Beseitigung von behördlich gerügten Mängeln sowie Umsetzung von erteilten Auflagen.
- Funktionsprüfungen aller technischen Anlagen und deren Dokumentation.
- Errichtung, Unterhaltung und Räumung der Baustelleneinrichtung. Soweit der AN fremde Grundstücke für die Durchführung seiner Leistungen in Anspruch nehmen will, hat er die Zustimmung der jeweiligen Eigentümer / Nutzer selbst einzuholen.
- Notwendige amtliche Vermessungen, die katasterliche Einmessung des Bauvorhabens sowie alle Kontrollmessungen.
- Bauschutt, Verpackungen und sonstiger Abfall sind regelmäßig abzutransportieren und fachgerecht zu entsorgen. Anfallende Kosten und Gebühren, einschließlich etwaiger Deponiegebühren, trägt der AN.
- Über die Benennung auf dem Bauschild und das Anbringen üblicher Firmenschilder auf Baugeräten des AN hinausgehend ist der AN nicht zur Werbung auf der Baustelle berechtigt.
- Der AN hat bis zur Abnahme alle bereits erforderlichen Betriebs-, Wartungs-, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Reparaturleistungen zu erbringen.
- Der AN hat selbstständig für Medienanschlüsse und den Bezug von Medien und sonstigen Ressourcen auf der Baustelle zu sorgen sowie die dafür anfallenden Kosten einschließlich der Verbrauchskosten zu tragen.

Ergänzend wird auf die weiteren Vertragsgrundlagen, insbesondere die FLB verwiesen.

4 Nachunternehmer

Der AN wird in eigenem Namen Nachunternehmer für die Ausführung der Bauleistungen beauftragen. Nachunternehmer müssen leistungsfähig und zuverlässig sein und insbesondere ihren Pflichten zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Mindestlohn und Sozialversicherungsbeiträgen regelmäßig nachkommen.

Der AN wird sicherstellen, dass Nachunternehmerverträge mit marktüblichen Bedingungen abgeschlossen werden und insbesondere angemessene Sicherheiten für die Erfüllung von Leistungs- und Mängelansprüchen vorsehen.

Die beabsichtigte Beauftragung von konkreten Nachunternehmern ist dem AG unverzüglich unter Angabe von Namen, gesetzlichen Vertretern, Kontaktdaten und zu übernehmendem Leistungsumfang schriftlich anzuzeigen. Der AG ist berechtigt, der Beauftragung und dem Einsatz eines Nachunternehmers zu widersprechen, wenn dazu ein sachlicher Grund besteht.

Der AN wird dem AG monatlich eine schriftliche Aufstellung über die eingesetzten Nachunternehmer zukommen lassen.

5 Leistungsänderungen

Der AG ist berechtigt, Änderungen des vereinbarten Werkerfolges oder sonstige Änderungen, die zur Erreichung des Werkerfolges notwendig oder zweckmäßig sind, zu verlangen (Änderungen), sofern der Betrieb des AN auf derartige Leistungen eingerichtet ist und ihm diese zumutbar sind. Im Rahmen der Zumutbarkeit ist insbesondere zu berücksichtigen, ob der AN die erforderlichen Kapazitäten bereitstellen bzw. beschaffen kann. Macht der AN betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit einer Änderung geltend, trifft ihn hierfür die Beweislast.

Das Änderungsrecht schließt auch das Recht ein, Änderungen der Bauumstände und der zeitlichen Bauabfolgen zu verlangen. Nicht vom Änderungsrecht umfasst sind Anordnungen zur Verkürzung der Ausführungsfristen, die über § 6 Abs. 3 VOB/B hinausgehen („Beschleunigungsanordnungen“).

Für die Umsetzung der Änderung erforderliche Planunterlagen sind ebenfalls vom AN zu erstellen, wenn sein Betrieb auf derartige Planungsleistungen eingerichtet ist und ihm diese zumutbar sind. Ansonsten sind Planunterlagen vom AG bereitzustellen.

Verlangt der AG eine zulässige Änderung, hat der AN dem AG unverzüglich ein schriftliches Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung zu unterbreiten und über terminliche Folgen zu unterrichten. Das vom AN unterbreitete Angebot muss den Vergütungsregelungen für geänderte Leistungen nach Ziffer 7.6 entsprechen und so aufgestellt sein, dass der AG das Angebot unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen prüfen kann (ordnungsgemäßes Angebot). Das Angebot hat Kosten- und Terminfolgen der Ausführung detailliert zu beschreiben und dabei auch etwaige Möglichkeiten zur Kostenminderung und Beschleunigung aufzuzeigen. Im Angebot sind alle erkennbaren Bauzeitfolgen zu beschreiben und kostenmäßig zu berücksichtigen.

Die Vertragsparteien streben eine einvernehmliche Regelung über die Durchführung der Änderung sowie die Vergütungsanpassung an. Kommt innerhalb einer angemessenen Frist von längstens 30 Kalendertagen nach Zugang des Änderungsbegehrens des AG kein Einvernehmen der Vertragsparteien zustande, kann der AG die Ausführung der Leistungen anordnen. Der AN ist verpflichtet, der Anordnung des AG nachzukommen.

Der AN hat zudem eine Anordnung des AG vor Ablauf von 30 Kalendertagen zu befolgen, wenn das Interesse des AG an der sofortigen Ausführung der mit der begehrten Änderung verbundenen Leistung das Interesse des AN an der vorherigen Vereinbarung der Vergütung eindeutig überwiegt, insbesondere dann, wenn die besonderen Umstände der Projektabwicklung eine sofortige Umsetzung der Anordnung erforderlich machen.

Eine sofortige Anordnung ist insbesondere zulässig in folgenden Fällen:

- bei Gefahr in Verzug.
- bei der Anordnung eines Baustopps.
- zur Vermeidung eines vollständigen Baustopps.
- wenn ansonsten erhebliche Nachteile aus bereits abgeschlossenen Mietverträgen oder Kaufverträgen konkret zu erwarten sind.
- wenn der AN kein ordnungsgemäßes Angebot vorgelegt hat.

- wenn nach den konkreten Umständen davon auszugehen ist, dass eine Einigung über die auszuführende Leistung und deren Vergütung zustande gekommen oder endgültig gescheitert ist.
- Das überwiegende Interesse des AG an der sofortigen Ausführung ist regelmäßig zu vermuten, wenn der voraussichtliche Wert der mit der Änderung verbundenen Leistung 1 % der Auftragssumme nicht übersteigt (Bagatellgrenze).

Hat der AG die Ausführung von Leistungen angeordnet und besteht noch keine Einigung über die Vergütungsfolgen, richtet sich die Vergütung nach Ziff. 7.6.

6 Vergütung

6.1 Pauschalfestpreis

Der AN erhält für sämtliche Leistungen nach diesem Vertrag eine Pauschalvergütung in folgender Höhe:

_____ € netto

zzgl. Umsatzsteuer in Höhe des am Tage der Entstehung der Umsatzsteuerschuld geltenden Steuersatzes (Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe).

6.2 Einzelheiten zur Vergütung

Die vereinbarte Vergütung ist ein (Pauschal-)Festpreis. Eine Änderung der Vergütung findet nur unter den in diesem Vertrag geregelten Voraussetzungen statt. Eine Lohn- oder Materialpreisgleitung ist nicht Vertragsbestandteil. Verändern sich die Kosten für Personal, Stoffe oder Bauteile bleibt der Festpreis unverändert.

Die vereinbarte Vergütung ist gleichzeitig ein Pauschalpreis. Der AN hat die seinem Pauschalangebot zugrunde gelegten Mengen eigenverantwortlich ermittelt. Mit diesem Pauschalfestpreis sind die nach den Vertragsgrundlagen geschuldeten Leistungen abgegolten. Der Preis ändert sich vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen in diesem Vertrag nicht, wenn sich nachträglich erweist, dass die Annahmen zu Mengen und/oder Massen unrichtig sind. Der Pauschalpreis deckt auch alle Risiken ab, die der AN nach diesem Vertrag zu tragen hat.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch AG-seitige Leistungsbeschreibungen mit angegebenen Mengen für pauschal zu vergütende Leistungen lediglich als Kalkulationshilfe dienen und das Mengenermittlungsrisiko beim AN liegt.

Ansprüche gemäß § 313 BGB bleiben von den vorstehenden Absätzen unberührt.

6.3 Umlagen

Dem AN werden vom AG folgende Leistungen zur Verfügung gestellt:

Der AN beteiligt sich an den verursachten Kosten, indem pauschal von jeder Abschlags- und Schlussrechnungsforderung _____ % der Nettoabrechnungssumme in Abzug gebracht werden. Dem AN bleibt der Nachweis vorbehalten, dass die

diesbezüglichen Kosten tatsächlich geringer als der pauschale prozentuale Abzug sind.

6.4 Stundenlohnleistungen

Stundenlohnleistungen werden grundsätzlich nur vergütet, wenn sie vor ihrem Beginn ausdrücklich vereinbart oder bei Eventualpositionen schriftlich abgerufen worden sind. Sie werden ferner nur vergütet, wenn der AN ordnungsgemäße Stundenlohnzettel fristgerecht nach folgenden Maßgaben eingereicht hat:

Der AN hat über Stundenlohnarbeiten spätestens am nächsten Arbeitstag Stundenlohnzettel bei der Objektüberwachung des AG in 2-facher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen folgende Angaben in leserlicher Form enthalten:

- Veranlasser der Stundenlohnarbeiten
- Bezeichnung der Baustelle
- Genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle
- Genaue Bezeichnung der ausgeführten Leistungen
- Datum
- Namen und Vornamen der Arbeitskräfte und deren Berufs- und Lohngruppe
- Geleistete Arbeitsstunden
- Verbrauchte Materialien
- Verwendete Geräte und Fahrzeuge
- Evtl. Begründung für den Einsatz von Aufsichtspersonal

Die Unterzeichnung eines Stundenlohnzettels durch die Objektüberwachung dient der Dokumentation von Art und Umfang der erbrachten Leistung, begründet jedoch keinerlei Anerkenntnis hinsichtlich der Vergütungspflicht.

Aufsichtsstunden werden nicht gesondert vergütet, es sei denn, diese sind vom AG angeordnet oder objektiv notwendig.

Stundenlohnzettel müssen als solche erkennbar getrennt von Bautagesberichten eingereicht werden. Ausschließlich in Bautagesberichten aufgeführte Stundenlohnarbeiten werden nicht anerkannt.

6.5 Wegfall von Leistungen

Ordnet der AG das Entfallen einzelner Vertragsleistungen vor deren Ausführung an, kann der AN für die gekündigte Leistung die anteilige Vergütung verlangen, muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Reduzierung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Als anderweitiger Erwerb gelten dabei auch zusätzliche Ansprüche aus zusätzlichen oder geänderten Leistungen aus diesem Vertrag.

6.6 Vergütung von Änderungen

6.6.1 Urkalkulation

Für die Berechnung der Vergütung ist auf die Ansätze in der vertragsgemäß hinterlegten Urkalkulation (siehe Ziffer 6.6) zurückzugreifen. Soweit es bei der Vergütungsermittlung auf die Urkalkulation ankommt, ist die AG berechtigt, diese zur Prüfung von Ansprüchen des AN zu öffnen und einzusehen und etwaig zur Prüfung erforderliche Kopien zu fertigen. Der AN ist zur Öffnung der Urkalkulation einzuladen

mit einer Einladungsfrist von fünf Werktagen. Folgt der AN dieser Einladung nicht, ist die AG berechtigt, die Urkalkulation ohne Teilnahme des AN gemäß den vorstehenden Festlegungen zu öffnen und zu vervielfältigen. Nach erfolgter Prüfung ist die Urkalkulation wieder zu verschließen und zu versiegeln und für den Fall weiterer Prüfungen zu verwahren.

6.6.2 Tatsächlich erforderliche Kosten

Für Preisbestandteile, die der Urkalkulation nicht entnommen werden können, bestimmt sich die Vergütung nach den tatsächlich erforderlichen und vom AN nachzuweisenden Kosten mit einem angemessenen Zuschlag für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn. Die Parteien vereinbaren folgenden verbindlichen und abschließenden Zuschlag für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn (GU-Zuschlag): _____ %

6.6.3 Planungsleistungen

Soweit Bestandteil von Leistungsänderungen Planungsleistungen sind, vereinbaren die Parteien eine Vergütung dieser Planungsleistungen nach Aufwand zu den Stundensätzen wie sie nachfolgend wiedergegeben werden:

- Projektleiter: [...] € netto,
- Projekttechniker (Architekt, Ingenieur, Techniker): [...] € netto,
- Zeichner (CAD/BIM/revit): [...] € netto.

In den Stundensätzen enthalten sind sämtliche Nebenkosten im Sinne des § 14 HOAI mit Ausnahme der Zuschläge, die Bestandteil des GU-Zuschlags sind.

6.7 Urkalkulation

Der AN hat dem AG innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsschluss eine Urkalkulation in einem verschlossenen Umschlag zu überreichen, die der AG zum Zwecke der Preisprüfung sowie Bewertung sonstiger vertraglicher Ansprüche öffnen und einsehen darf. Die Preisermittlung hat mindestens folgende Kosten getrennt und nachvollziehbar auszuweisen:

- Einzelkosten der Teilleistungen, getrennt nach Kostenarten (Lohn, Geräte, Material etc.)
- Kosten der Planung
- Bestandteile und Summe der Baustellengemeinkosten einschließlich Bauleitungskosten, aufgegliedert in zeitabhängige, einmalige und pauschale Kosten
- Nachunternehmerkosten
- kalkulierte Mittellöhne
- kalkulierte Lohnerhöhungen
- kalkulierte Materialpreissteigerungen
- Zuschläge für allgemeine Geschäftskosten
- Zuschläge für Wagnis und Gewinn
- Nachlässe

Für Leistungen, die von Nachunternehmern erbracht werden sollen, sind in der Urkalkulation grundsätzlich die gleichen Bestandteile auszuweisen. Liegen dem AN die entsprechenden Kalkulationsgrundlagen eines Nachunternehmers nicht vor, so ist er

stattdessen berechtigt, die kalkulierten Nachunternehmerkosten als Pauschale auszuweisen.

6.8 Preisanpassung [Optionale Regelung]

Bei dem unter Ziffer 6.1 aufgeführten Pauschalpreis, wobei eine Preisanpassung ausschließlich nachfolgender Maßgabe in Betracht kommt:

Dem AG ist bekannt, dass dieser Vertrag in einer Phase abgeschlossen wird, in der eine erhebliche Verknappung und Verteuerung von Baustoffen stattfindet. Den Parteien ist bewusst, dass sie die weitere Entwicklung nicht verlässlich prognostizieren und daher auch nicht für beide Seiten angemessen und ausgewogen in die Preisfindung einfließen lassen können. Sie wollen aber gleichwohl einen für beide Seiten bindenden Vertrag abschließen und nicht auf eine Beruhigung der Situation warten, da derzeit nicht absehbar ist, wann diese eintreten wird. Um eine angemessene Risikoverteilung der vorbeschriebenen unklaren Situation zu erreichen, vereinbaren die Parteien die nachfolgende Regelung:

Die auf Leistungen der KG 360, 430, 440, 450 und 460 entfallenden Anteile der Pauschalvergütung gemäß Ziffer 6.1 werden bei Preisveränderungen entsprechend der prozentualen Veränderung des Baupreisindex für Bürogebäude des Statistischen Bundesamts (www.destatis.de) wie folgt angepasst:

- Maßgeblich ist jeweils für jede der vorgenannten Kostengruppen die Indexveränderung in dem Zeitraum zwischen dem Quartal der Angebotsabgabe und dem Quartal der Materialbeschaffung, sei es durch Einkauf des AN, Nachunternehmer- oder sonstiger Beauftragung, wobei die vom AN gemachten Angaben zur Umsetzung der Maßnahmen zur Materialbeschaffung (Anlage [...]) nachweislich umzusetzen und die Möglichkeiten auszuschöpfen sind um einen Anspruch auf Mehrvergütung zu gewähren.
- Der Preisanpassung unterliegen jeweils nur pauschal 50% der auf die genannten Kostengruppen entfallenden Vergütungsanteile.

Eine Preisanpassung kommt erst in Betracht, wenn die Summe der Preisveränderungen 2 % der gesamten Ausschreibungssumme überschreitet (Bagatellgrenze).

Die Preisanpassung setzt eine vorherige Anpassungsanforderung durch den AN/den AG voraus. Eine nachträgliche Anpassung nach Schluss- oder Teilschlussrechnung ist ausgeschlossen. Der AN hat schnellstmöglich nach Kenntnisnahme einer wesentlichen Teuerung einen Nachtrag zur Preisanpassung und nachvollziehbare Unterlagen zum für den EK-Preis relevanten Einkaufszeitpunkt einzureichen (optimal zur jeweiligen Abschlagsforderungen). Verringern sich die Preise, hat der AN nach vorstehender Maßgabe einen Minderkostennachtrag vorzulegen. Der AG wird diesen Nachtrag zeitnah prüfen, ggf. anpassen und dem AN mitteilen. Die Preisanpassung kann dann entsprechend in Rechnung gestellt werden.

7 Abrechnung und Zahlungen

7.1 Abschlagszahlungen

Sofern die Vertragsparteien einen Zahlungsplan vereinbart haben, kann der AN Zahlung gemäß den Festlegungen im Zahlungsplan verlangen. Auch wenn ein Zahlungsplan vereinbart ist, erfolgt die Zahlung nur nach nachgewiesenem Leistungsfortschritt. Verzögert sich die Ausführung der Leistungen gegenüber den terminlichen Annahmen im Zahlungsplan, ist der Zahlungsplan entsprechend anzupassen.

Abschlagszahlungen nach § 650c Abs. 3 BGB kann der AN nur dann verlangen, wenn er ein ordnungsgemäßes Angebot für die jeweilige Änderung nach den vorstehenden Bestimmungen vorgelegt hat.

Bei Rückforderungen des AG aus Überzahlung handelt es sich um vertragliche Ansprüche, sodass der Einwand des Wegfalls der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) ausgeschlossen ist. Rückforderungsansprüche sind ab dem Zeitpunkt des Zahlungseingangs beim AN in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen.

7.2 Abrechnung

Für den Fall, dass der AG für die Errichtung des Bauvorhabens ganz oder teilweise Fördermittel der KfW in Anspruch nehmen sollte, ist der AN bereit, Abschlags- und/oder Schluss- bzw. Teilschlussrechnungen der von ihm erbrachten Leistungen nach Maßgabe der Förderrichtlinien zu erstellen.

7.3 Rechnungslegung

Alle Rechnungen sind kumulativ auszustellen, das heißt, dass die Rechnungen alle bisher gestellten Abschlagsrechnungen und erhaltene Zahlungen ausweisen müssen.

Rechnungen sind in prüffähiger Form nur per E-Mail an folgende E-Mail-Adresse zu übersenden:

und müssen an folgende Anschrift adressiert sein:

Alle Rechnungen müssen mindestens folgende Angaben enthalten:

- Datum der Beauftragung
- Bezeichnung des Projektes
- Steuernummer des Auftragnehmers
- Leistungsempfänger
- Leistungszeitraum
- Vergabenummer

Rechnungen, die diese Angaben nicht enthalten, nicht per E-Mail an die angegebene E-Mail-Adresse übersandt werden oder nicht auf die angegebene Adresse ausgestellt sind, werden zurückgewiesen. Die entsprechende Vergütung wird somit nicht fällig.

Alle Rechnungen sind übersichtlich zu gliedern. Nachträge zum Hauptvertrag sind durchlaufend zu nummerieren und prüfbar abzurechnen.

7.4 Aufrechnung und Abtretung

Der AN ist zur Aufrechnung gegenüber Ansprüchen des AG nur berechtigt, wenn die Forderungen entweder unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind oder es sich um Hauptleistungspflichten aus demselben Vertragsverhältnis handelt.

Eine Abtretung oder Verpfändung der dem AN aus dem Vertrag erwachsenden Forderungen an Dritte ist nur nach vorheriger Zustimmung des AG zulässig. § 354a HGB bleibt unberührt.

8 Termine

Der AN verpflichtet sich, das Bauvorhaben bis zum 31.05.2028 fertig zu stellen (Fertigstellungstermin). Ergänzend wird auf Ziffer 1.5.1 FLB verwiesen.

Zur Fertigstellung gehören auch die Reinigung und Räumung sowie Übergabe der Baustelle.

Folgende weitere Termine werden als Vertragsfristen verbindlich vereinbart (Zwischentermine):

- Ausführungsbeginn am _____
- Fertigstellung _____ bis zum _____
- Fertigstellung _____ bis zum _____

9 Vertragsstrafe

Gerät der AN mit der Einhaltung des Fertigstellungstermins in Verzug, so gelten die nachfolgenden Vertragsstrafen als vereinbart:

Je Arbeitstag Verzug schuldet der AN dem AG 0,2 % des Netto-Pauschal festpreises; ist die Netto-Schlussrechnungssumme geringer als der Netto-Pauschal festpreis, gilt die Netto-Schlussrechnungssumme als Maßstab für diesen Tagessatz. Die Vertragsstrafe beträgt insgesamt maximal 5 % des Netto-Pauschal festpreises; ist die Netto-Schlussrechnungssumme geringer als die Netto-Pauschal festpreis, gilt die Netto-Schlussrechnungssumme als Maßstab für diese Obergrenze.

Der Vorbehalt der Vertragsstrafe muss nicht bei der Abnahme erklärt werden. Ausreichend ist, dass die Vertragsstrafe bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung geltend gemacht wird. Der Anspruch des AG auf Ersatz eines über die Vertragsstrafe hinausgehenden Schadens bleibt unberührt. Entstandene Vertragsstrafenansprüche werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

Sofern sich die Vertragsparteien über neue Vertragstermine verständigen, gelten vereinbarte Vertragsstrafen auch für die neuen Termine. Entsprechendes gilt, wenn sich die Ausführungsfristen nach § 6 Abs. 2 VOB/B verschieben.

10 Behinderungen

10.1 Grundsätzliche Vereinbarungen

Behinderungsanzeigen müssen gegenüber der AG unverzüglich schriftlich erfolgen und zwar unter Anzeige der voraussichtlichen terminlichen und kostenbezogenen Konsequenzen der Behinderung. Behinderungen müssen im Bautagebuch vermerkt werden. Die Eintragung im Bautagebuch ersetzt jedoch nicht die nach dieser Vorschrift notwendige, schriftliche Behinderungsanzeige. Der AN hat unverzüglich anzuzeigen, wenn eine angezeigte Behinderung beendet ist. Im Hinblick auf ein geordnetes Projektmanagement sind die hindernden Umstände und die Folgen für den Bauablauf insbesondere auf die eingesetzten Arbeitskräfte und Gerätschaften so genau wie möglich anzugeben. Hierzu gehört auch die Angabe, inwieweit Personal oder Geräte an anderer Stelle beschäftigt bzw. eingesetzt werden können und wie sich etwaige Behinderungsfolgen minimieren lassen. Die unverzügliche, schriftliche Behinderungsanzeige ist Anspruchsvoraussetzung für alle etwaigen Ansprüche auf Behinderungsschadensersatz, Entschädigung und Bauzeitverlängerung, es sei denn, die Behinderung ist für die AG offenkundig.

Glaubt sich der AN durch die fehlende Entscheidung der AG behindert, kann der AN Rechte aus der angeblichen Behinderung erst geltend machen, wenn er diese der AG schriftlich mitgeteilt und vergeblich eine Frist von mindestens einer Kalenderwoche zur Nachholung der unterlassenen Mitwirkung gesetzt hat.

Keine Behinderungen stellen angemessene Kontrollprüfungen der AG dar. Der AN hat die Auswirkungen von üblichen Baufesten, wie Grundsteinlegung, Richtfest und Eröffnungsfeier, bei seiner Termindisposition zu berücksichtigen. Er muss frühzeitig die notwendigen Abstimmungen mit der AG herbeiführen und seinen Bauablauf so ausrichten, dass eine Behinderung vermieden wird.

10.2 Schlechtwetter

Schlechtwettertage und jahreszeitlich bedingte Arbeitsunterbrechungen (Frostperioden) verlängern die Ausführungsfrist grundsätzlich nicht. Eine Ausnahme gilt nur dann nach näherer Maßgabe von § 6 Abs. 4 VOB/B, wenn Schlechtwettertage gemäß des Wetterdaten und -statistiken Express (WESTE) des Deutschen Wetterdienstes an Werktagen vorliegen, der betreffende Tag in Behinderungsstufe „A“, also „Bautätigkeit sehr erschwert“, eingestuft wird und soweit durch diese Witterungsverhältnisse die konkret in diesem Zeitraum zu erbringenden Leistungen des AN in der Summe an mehr als 10 Werktagen nicht ausgeführt werden können.

11 Abnahme

11.1 Förmliche Abnahme

Die Leistungen des AN werden förmlich abgenommen. Der AN hat keinen Anspruch auf Teilabnahmen. Der AN hat die Abnahme rechtzeitig schriftlich zu beantragen. Eine Abnahme durch Inbenutzungnahme oder Inbetriebnahme ist ausgeschlossen. Die fiktive Abnahme gemäß § 12 Abs. 5 VOB/B ist ausgeschlossen. § 640 BGB bleibt unberührt.

11.2 Zustandsfeststellung / Teilnahme an Abnahmen mit Nachunternehmern

Der AN hat dem AG fertiggestellte Teile der Leistung, die durch die weitere Ausführung der Prüfung und Feststellung entzogen werden, gemäß § 4 Abs. 10 VOB/B zur Zustandsfeststellung anzuzeigen.

Ferner hat der AN dem AG Abnahmetermine des AN mit seinen Nachunternehmern frühzeitig anzuzeigen und dem AG die Teilnahme an entsprechenden Abnahmebegehungen (NU-Abnahme) zu ermöglichen. Eine (Teil-)Abnahme des AG gegenüber dem AN ist mit einer solchen NU-Abnahme nicht verbunden.

11.3 Vorzeitige Übernahme

Der AN räumt dem AG die Möglichkeit ein, hergestellte Bauteile vor der Abnahme in Benutzung zu nehmen, soweit diese Maßnahmen unter Berücksichtigung des Bauablaufes zumutbar und erforderlich sind, beispielsweise für vorgezogene Ein- oder Ausbauten. In diesem Fall kann der AN eine Zustandsfeststellung entsprechend § 650g Abs. 1-3 BGB verlangen, jedoch keine Teilabnahme.

11.4 Abnahmevorbereitung

Der AN koordiniert rechtzeitig die technischen Vorbegehungen des Bauvorhabens durch den AG unter Berücksichtigung angemessener Prüfzeiträume. Der AN wird überdies für alle technischen Anlagen und Systeme Versuchsläufe und Probetriebe auf eigene Kosten durchführen.

Der AN übergibt dem AG spätestens drei Monate vor dem geplanten Abnahmetermin einen Detailterminplan, der die erforderlichen Begehungen, Prüfungen und Versuchsläufe genau ausweist. Der Terminplan ist mit dem AG abzustimmen und dabei auf die terminlichen Belange des AG Rücksicht zu nehmen.

Bei den Vorbegehungen festgestellte Beanstandungen dokumentieren die Parteien in Mängellisten. Der AG kann hierzu die Nutzung eines EDV-Systems vorgeben. Es sind alle vom AG gerügten Mängel zu dokumentieren. Strittige Mängel sind als solche zu kennzeichnen. Werden Mängel beseitigt, so sind die entsprechenden Einträge als erledigt zu kennzeichnen, aber nicht zu löschen.

11.5 Abnahmeaufforderung

Die Parteien sind darüber einig, dass der AN den AG zur Abnahme auffordern kann, wenn die abnahmevorbereitenden Maßnahmen, insbesondere Vorbegehungen, stattgefunden haben und folgende weitere Voraussetzungen gegeben sind:

- a) Die Planungs- und Bauleistungen sind vertragsgemäß ohne wesentliche Mängel fertiggestellt. Eine Häufung von unwesentlichen Mängeln kann einen wesentlichen Mangel darstellen.
- b) Die zur Benutzung und Inbetriebnahme des Bauwerks erforderlichen behördlichen Genehmigungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Abnahmen liegen vor.
- c) Alle erforderlichen Prüf- und Abnahmebescheinigungen von Sachverständigen liegen vor.
- d) Alle inbetriebnahmerelevanten Bedienungs- und Wartungsanleitungen sowie Dokumentationsunterlagen wurden übergeben.
- e) Nachweise über die Einweisung und Schulung des Bedienpersonals liegen vor.
- f) Unterlagen gem. Ziffer 5 FLB und Ziffer 6.1 FLB liegen vor.

11.6 Dokumentation und Revisionsunterlagen

Die zur Abnahme nicht erforderlichen Revisions- und Dokumentationsunterlagen sind spätestens innerhalb von vier Wochen nach der Abnahme von dem AN zu übergeben. Dementsprechend kann der AG einen Einbehalt in Höhe von 2,5 % der Netto-Abrechnungssumme vornehmen, bis die Revisions- und Dokumentationsunterlagen in der vorgegebenen Form übergeben worden ist.

11.7 Nachabnahmen

Hinsichtlich der Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel findet jeweils eine förmliche Nachabnahme statt. Auf die förmliche Abnahme kann der AG verzichten, wenn ihm die Erledigung der Mängel mit einer nachvollziehbaren Dokumentation dargelegt worden ist.

12 Mängelansprüche

Abweichend von § 13 Abs. 4 VOB/B beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche einheitlich 5 Jahre.

Abweichend hiervon gelten für folgende Teilleistungen die nachfolgenden Verjährungsfristen:

- Für Dachein- und Dachabdichtungen sowie Dachaufbau 10 Jahre, nach Abschluss eines entsprechenden Wartungsvertrages
- für maschinelle und elektrotechnische/elektronische Anlagen oder Teilen davon, bei denen die Wartung Einfluss auf Sicherheit und Funktionsfähigkeit hat, unabhängig von dem Abschluss eines Wartungsvertrages 2 Jahre
- bei Abschluss von Wartungsverträgen sind dagegen 5 Jahre vereinbart;
- für Planungsleistungen 5 Jahre
- für LED-Leuchten mit fest integrierten LEDs mindestens 3 Jahre (je nach Herstellergarantie entsprechend länger)

jeweils beginnend mit der Abnahme. Mit Wirkung für den AG und für die Abwicklung von Gewährleistungsansprüchen kann der AG / die Stadt Dinslaken vor Ablauf der vorstehend aufgeführten Verjährungsfristen jeweils eine gemeinsame Besichtigung der betreffenden Leistungen mit dem Auftragnehmer verlangen. Im Rahmen der Besichtigung sollen vorhandene Mängel dokumentiert werden. Verweigert der Auftragnehmer die Teilnahme an entsprechenden Besichtigungen, steht es der Stadt Dinslaken frei, einen von der zuständigen IHK vorgeschlagenen Sachverständigen mit der Mängelaufnahme zu beauftragen. Einigen sich die Parteien vorher auf einen Gutachter, wird dieser beauftragt. Die Feststellungen des Sachverständigen sind zwischen den Parteien in den Grenzen des § 315 BGB analog verbindlich.

Nacherfüllungsleistungen sind so auszuführen, dass die Nutzung des Bauvorhabens so gering wie möglich beeinträchtigt wird.

Der AN haftet für alle schuldhaft verursachten Schäden.

Der AN ist auch schon vor der Abnahme verpflichtet, festgestellte Mängel – sofern sie wesentlich sind – unverzüglich, spätestens binnen einer ihm vom AG gesetzten,

angemessenen oder einvernehmlich mit dem AN festgelegten Frist und einer etwaigen Nachfristsetzung zu beseitigen. Kommt der AN dieser Verpflichtung nicht innerhalb der vorstehenden Nachfrist nach, so ist der AG auch schon vor der Abnahme zu einer Selbstvornahme auf Kosten des AN berechtigt. Für die Selbstvornahme bedarf es keiner entsprechenden Kündigung oder Teilkündigung des betroffenen Leistungsteils bzw. der Leistung insgesamt.

Der AN bietet dem AG unwiderruflich die Abtretung aller Mängelansprüche gegenüber seinen Nachunternehmern an. Der AG ist berechtigt, die Abtretung durch gesonderte Erklärung gegenüber dem AN oder dem jeweiligen Nachunternehmer ganz oder teilweise anzunehmen. Der AG wird auf abgetretene Ansprüche nur zugreifen, sofern die Durchsetzung der eigenen Mängelansprüche gegenüber dem AN gefährdet erscheint. Der AN ist verpflichtet, dem AG die erforderlichen Vertragsunterlagen und Informationen zur Geltendmachung der abgetretenen Mängelansprüche zur Verfügung zu stellen. Es wird klargestellt, dass die Abtretungen im Rahmen ihrer Reichweite nur erfüllungshalber und nicht an Erfüllung statt erfolgen.

13 Versicherung

13.1 Bauleistungsversicherung

Der AN schließt für das Bauvorhaben für die Dauer der Bauzeit auf seine Kosten eine Bauleistungsversicherung unter Einschluss des Bauherren- und Feuerrisikos ab.

13.2 Haftpflichtversicherung

Der AN verpflichtet sich, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen abzuschließen:

Für Personenschäden in Höhe von	10,0 Mio. €
je einzelne Person	5,0 Mio. €
Für Sachschäden in Höhe von	5,0 Mio. €
Für Vermögensschäden in Höhe von	10,0 Mio. €

Der AN hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, dem AG unverzüglich mitzuteilen.

13.3 Versicherungsnachweis

Der Versicherungsschutz ist dem AG binnen zwei Wochen nach Vertragsschluss nachzuweisen und ist zusätzliche Fälligkeitsvoraussetzung für alle Zahlungen nach diesem Vertrag. Erfolgt ein entsprechender Nachweis trotz fruchtlosen Ablaufs einer angemessenen Nachfrist nicht, ist der AG berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen oder die entsprechenden Versicherungsverträge auf Kosten des AN selbst abzuschließen.

Der AN ist verpflichtet, die jeweiligen Versicherungen über die gesamte Vertragsdauer aufrecht zu erhalten und dem AG auf Verlangen deren Bestehen jederzeit nachzuweisen.

Der AN hat alle Obliegenheiten aus bestehenden Versicherungsverträgen eigenständig zu erfüllen.

14 Sicherheiten

14.1 Vertragserfüllungssicherheit

Zur Sicherstellung der vertragsgemäßen Ausführung des Vertrags vereinbaren die Parteien eine Sicherheitsleistung des AN gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 2, 1. Alt. VOB/B i.H.v. 10 % des Netto-Pauschalpreises. Die Sicherheitsleistung wird wie folgt erbracht:

Der AN hat eine Vertragserfüllungsbürgschaft in vorgenannter Höhe und Umfang nach deutschem Recht eines nach § 17 Abs. 2 VOB/B zugelassenen Bürgen zu übergeben. Die Bürgschaft muss den Verzicht auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB sowie auf das Recht zur Hinterlegung enthalten. Die Bürgschaft muss dem vom AG vorgegebenen Muster entsprechen.

Der AG ist nicht verpflichtet, einen nach § 17 Abs. 7 Satz 2 VOB/B einbehaltenen Betrag auf ein Sperrkonto einzuzahlen.

Zur Rückgabe der Vertragserfüllungssicherheit gilt § 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B.

14.2 Sicherheit für Mängelansprüche

Als Sicherheit für die Erfüllung von Mängelansprüchen aus dem Vertrag gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 2, 2. Alt. VOB/B werden 5 % der Netto-Schlussrechnungssumme vom AG einbehalten. Der AG ist nicht verpflichtet, den einbehaltenen Betrag auf ein Sperrkonto einzuzahlen.

Der AN ist berechtigt, den Einbehalt durch Übergabe einer Bürgschaft für Mängelansprüche nach deutschem Recht eines nach § 17 Abs. 2 VOB/B zugelassenen Bürgen abzulösen. Die Bürgschaft muss den Verzicht auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB sowie auf das Recht zur Hinterlegung enthalten. Die Bürgschaft muss dem vom AG vorgegebenen Muster entsprechen. Diese Sicherheit ist auf die Stadt Dinslaken als Berechtigte auszustellen.

Die Mängelsicherheit ist nach Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche zurückzugeben. Gelten für verschiedene Leistungen unterschiedliche Verjährungsfristen, so hat der AN nach Ablauf der jeweiligen Verjährungsfrist einen Anspruch auf teilweise Freigabe der Mängelsicherheit in einem Umfang, der dem Anteil der jeweiligen Leistungen an der Netto-Abrechnungssumme entspricht. Die Freigabe einer Mängelhaftungsbürgschaft erfolgt durch Teilenthaltungserklärung des AG oder durch Austausch der übergebenen Bürgschaft Zug um Zug gegen eine inhaltlich entsprechende Bürgschaft, die der Höhe nach der verbleibenden Sicherheitsleistung entspricht. § 17 Abs. 8 Nr. 2 Satz 2 VOB/B bleibt unberührt.

14.3 § 650e BGB

§ 650e BGB findet keine Anwendung.

15 Kündigung

Der AG kann eine freie Kündigung sowie eine Kündigung aus wichtigem Grund auch auf einen abgrenzbaren Teil des geschuldeten Werks beziehen (§ 648a Abs. 2 BGB), ohne dass es sich hierbei um abgeschlossene Teile der Leistung im Sinne des § 12 Abs. 2 VOB/B handeln muss.

Der AN ist verpflichtet, unverzüglich nach Kündigung durch den AG alle Planunterlagen und sonstigen Projektunterlagen, die für die Fortführung der Baumaßnahmen von Bedeutung sind, übersichtlich und geordnet an den AG herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem AN insoweit nicht zu. Der AG ist berechtigt, im Falle der Kündigung mit Nachunternehmern des AN Verhandlungen über die Fortführung der Arbeiten für den AG aufzunehmen.

16 Leitungspersonal des Auftragnehmers

Der AN benennt als bevollmächtigten Projektleiter für die Abwicklung dieses Vertrags Herrn/Frau _____ und als Stellvertreter Herrn/Frau _____.

Der AN trägt dafür Sorge, dass die beiden vorbenannten alleinvertretungsberechtigten Vertreter auf der Baustelle präsent und zu Rücksprachen auch in Baubesprechungen zur Verfügung stehen.

Die Projektleiter des AN werden das Projekt während der gesamten Vertragslaufzeit betreuen und als Ansprechpartner für den AG bereit stehen. Der AN ist zur Bestellung anderweitiger Vertreter nur nach Absprache mit dem AG oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der vom AN nicht zu vertreten ist, befugt. Stellt sich heraus, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Projektleitern des AN und dem AG nicht möglich ist, kann der AG den Austausch von Projektleitern verlangen, soweit dies vom AN oder dessen Projektleitern zu vertreten ist. Der AG kann darüber hinaus eine Ergänzung der Mitarbeiter durch geeignete Fachleute ohne zusätzliche Vergütung verlangen, wenn die vom AN eingesetzten Mitarbeiter bei objektiver Beurteilung einen vertragsgemäßen, störungsfreien Bauablauf nachweislich nicht gewährleisten können.

17 Controlling

Repräsentant des AG auf der Baustelle ist _____.

Die Projektsteuerung erfolgt durch _____.

Die Objektüberwachung obliegt _____.

Repräsentant, Projektsteuerung und Objektüberwachung sind berechtigt, dem AN Weisungen im Rahmen der abgeschlossenen Verträge zu erteilen und alle rechtswahrenden Erklärungen für den AG abzugeben, insbesondere Mahnungen auszusprechen, Auskünfte einzuholen und Kontrollen vorzunehmen. Zur Änderung des Vertrages oder zur Beauftragung von Nachträgen ist ausschließlich die rechtsgeschäftliche Vertretung des AG berechtigt.

Der AN verpflichtet sich, dem AG, dessen Repräsentanten, der Projektsteuerung und der Objektüberwachung alle erforderlichen Auskünfte / Informationen zu erteilen, um diesen eine Beurteilung der Planungs- und Bauleistung zu ermöglichen.

18 Arbeitnehmer

Der AN wird die Bestimmungen des MiLoG, des AEntG sowie aller weiteren einschlägigen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Vorschriften einhalten. Er wird den AG von allen durch Pflichtverletzungen des AN begründeten Ansprüchen von Behörden und Sozialkassen, seiner Arbeitnehmer, seiner Nachunternehmer und deren Arbeitnehmer freistellen. Der AN wird dem AG alle zur Abwehr derartiger Ansprüche erforderlichen Unterlagen und Informationen zur Verfügung stellen.

19 Urheber- und Nutzungsrechte

Dem AN verbleiben die gesetzlichen Urheberrechte an den von ihm erbrachten Planungsleistungen. Der AN räumt dem AG ein umfassendes und ausschließliches Nutzungsrecht an den von ihm im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags erbrachten und urheberrechtlich geschützten Leistungen (nachfolgend: „das Werk“) ein. Die Rechtseinräumung enthält auch das Einverständnis des AN zur Nutzung nicht urheberrechtlich geschützter Leistungen und umfasst insbesondere die nachfolgend benannten Nutzungsrechte:

- Das Werk zu vervielfältigen, auszustellen und öffentlich zugänglich zu machen unter Namensnennung des AN sowie es zu bearbeiten und umzugestalten sowie es zu verändern, soweit dies nicht grob entstellend ist.
- Das Projekt auf Basis des Werks umzusetzen, und das so errichtete Bauwerk zu ändern, soweit damit keine groben Entstellungen des Werkes verbunden ist und dies dem AN unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.

Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten. Der AN stellt den AG von sämtlichen Ansprüchen Dritter, insbesondere Urheber frei, die im Zusammenhang mit der Nutzungsrechtsübertragung bzw. Ausübung der Nutzungsrechte gegen ihn geltend gemacht werden.

Die vorstehenden Bestimmungen bleiben von einer Beendigung des Vertrages unberührt. Im Falle einer Kündigung des Vertrages, gleich aus welchem Grunde, umfasst die Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Leistungen, die der AN bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung erbracht hat. Die Parteien sind darüber einig, dass die Vergütung für die bis zur Kündigung erbrachten Leistungen eine angemessene Entschädigung für die Übertragung von Nutzungsrechten, die bis zu diesem Zeitpunkt entstanden sind, enthält.

Die Übertragung beinhaltet auch die Befugnis des AG zur Weiterübertragung der ihm eingeräumten Nutzungsrechte.

Der AN ist verpflichtet, entsprechende Vereinbarungen mit von ihm beauftragten Nachunternehmern, insbesondere Architekten und Ingenieuren, herbeizuführen.

20 Datenschutz

Der AG verarbeitet im Zusammenhang mit der Abwicklung dieses Vertrages personenbezogene Daten des AN bzw. der für ihn handelnden Vertreter, seiner Mitarbeiter, Erfüllungsgehilfen und Nachunternehmer und deren Vertreter/Mitarbeiter (fortan: Betroffene Personen). Die Datenverarbeitung erfolgt nach Maßgabe der geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO). Auf die anliegende Datenschutzinformation wird verwiesen.

Der AN verpflichtet sich, die Datenschutzinformation unverzüglich, in jedem Fall vor der Übermittlung personenbezogener Daten an den AG, allen betroffenen Mitarbeitern seines Unternehmens zu übergeben und die Übergabe zu dokumentieren sowie auf Verlangen des AG nachzuweisen. Sofern der AN Erfüllungsgehilfen oder

Nachunternehmer einsetzt, hat er auch diese zu verpflichten, entsprechend vorzugehen und die Umsetzung zu überwachen und nachzuweisen.

Sofern für die Ausführung der Leistungen des AN im Einzelfall zusätzliche Einwilligungserklärungen betroffener Personen erforderlich sind, wie etwa bei der Nutzung von Projektkommunikationssystemen oder Baustellenausweisen, wird der AN die betroffenen Personen seines Unternehmens bzw. seiner Erfüllungsgehilfen und Nachunternehmer verpflichten, die datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärungen beizubringen. Der AN kann seine Leistungen nicht unter Hinweis auf fehlende Einwilligungserklärungen betroffener Personen verweigern.

Soweit der AN personenbezogene Daten des AG bzw. dessen Mitarbeiter verarbeitet, verpflichtet er sich ebenfalls, alle gesetzlichen Anforderungen einzuhalten.

21 Schlussbestimmungen

Der AN verpflichtet sich, über alle Tatsachen, die ihm in Bezug auf das gesamte Bauvorhaben bekannt werden, allen nicht am Bau beteiligten Dritten gegenüber Stillschweigen zu wahren. Zum Stillschweigen hat der AN auch alle seine Arbeitnehmer sowie Nachunternehmer zu verpflichten.

Änderungen des Vertrags bedürfen der Schriftform, ebenso die Aufhebung dieser Regelung.

Ausschließlicher Gerichtsstand für Ansprüche aus dem Vertrag ist der Sitz des AG.

Der Vertrag unterliegt ausschließlich deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Sollte eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder nichtig sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Klauseln durch rechtswirksame zu ersetzen, die dem wirtschaftlich Gewollten am nächsten kommen. Das Gleiche gilt, falls der Vertrag eine ergänzungsbedürftige Lücke enthält.

Ort, Datum

Ort, Datum

Auftraggeber

Auftragnehmer